

B E S C H L U S S
des Landesvorstandes
vom 18. April 2008

Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Die Reform der Finanzverfassung stellt auch weiterhin das wichtigste Reformvorhaben von Bundestag und Bundesrat dar. Ohne eine grundlegende Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern werden die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sowie die Handlungsfähigkeit der Gebietskörperschaften aufs Spiel gesetzt. Gerade bei steigenden Steuereinnahmen gilt es, nachhaltige Maßnahmen zu verabschieden, die sowohl den Marsch in den Schuldenstaat beenden als auch die Eigenverantwortung von Bund und Ländern stärken. Die Föderalismuskommission II muss daher eine neue politische Kultur der finanziellen Mäßigung hervorbringen und der handelnden Politik den Anreiz zum Schuldenmachen nehmen.

Die FDP/DVP fordert:

1. Prinzipielles Verbot der Neuverschuldung

In Verantwortung gegenüber künftigen Generationen ist die Kreditaufnahme als ordentliches Finanzierungsinstrument des Staates zu verbieten. In Zukunft muss der Grundsatz gelten, dass die Ausgaben den Einnahmen entsprechen. Von diesem prinzipiellen Verbot der Neuverschuldung soll nur in eng begrenzten Ausnahmefällen mit einer parlamentarischen 2/3-Mehrheit und einem verbindlichen Tilgungsplan abgewichen werden können. Hierdurch bleibt die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates in inneren und äußeren Katastrophenfällen gewährleistet.

Um auch in Zukunft auf kurzfristige Finanzierungslücken reagieren zu können, sollte weiterhin auf Kassenverstärkungskredite zurückgegriffen werden können. Diese Kredite müssen jedoch in der Höhe begrenzt sein und der Schuldenselbstverantwortung unterliegen. Kassenverstärkungskredite können nur dann gewährt werden, wenn nicht die Bund-Länder-Gemeinschaft im Rahmen des Haftungsverbundes für eine übermäßige Kreditaufnahme einzelner Länder einzustehen hat. Durch die Einführung der Schuldenselbstverantwortung in dem eng begrenzten Bereich der Kassenverstärkungskredite wird der erste Schritt zu einem grundlegenden Systemwechsel vollzogen und die Begrenzungsfunktionen des Kreditmarktes in das System eingebracht.

2. Reform des Finanzausgleichs

Der vereinbarte Solidarpakt II wird nicht angetastet, der geltende Finanzausgleich muss aber bereits heute grundlegend reformiert werden. Steuerermehreinnahmen aufgrund gesteigerter Wirtschaftskraft müssen vermehrt im Land verbleiben und nicht wie bisher weitgehend kollektiviert werden. Hierfür muss der bundesstaatliche Finanzausgleich künftig deutliche Anreize für eine wirtschaftsfördernde und arbeitsplatzschaffende Politik bieten und dafür hinsichtlich der originären Verteilung des Aufkommens von Einkommen- und Körperschaftsteuer bei der Wirtschaftskraft des Landes, d.h. beim BIP pro Einwohner, ansetzen. Die komplizierten

Verteilungsmechanismen müssen grundlegend vereinfacht und die nivellierenden Tendenzen des Ausgleichs reduziert sowie die Höhe des bundesstaatlichen Ausgleichsniveaus gesenkt werden.

3. Finanzautonomie der Länder

Die Eigenverantwortlichkeit der Länder ist durch eine Verbesserung der Finanzautonomie, d.h. der Eigenverantwortlichkeit sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite, zu stärken. Die Steuerautonomie der Länder muss dadurch nachhaltig und wesentlich erweitert werden, dass den Ländern dort, wo ihnen der Ertrag der Steuern zusteht, auch die Gesetzgebungskompetenz zukommt, zum Beispiel bei der Erbschaftsteuer. Daneben sollen die Länder künftig den Wünschen und Anforderungen der Bevölkerung durch Zu- oder Abschläge auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer Rechnung tragen können. Um nicht zusätzlich steuerliche Belastungen der Lohn- und Einkommensteuerzahler zu erreichen, ist gleichzeitig der Steuertarif entsprechend zu senken. Autonomie der Länder bedeutet aber auch, dass die Länder dort, wo die regionale Vielfalt und Besonderheit dies erfordert, Abweichungen von bundesweiten Standards vornehmen können.

4. Entschuldung

Eine Entschuldung der Länder kann nur erfolgen, wenn durch die Einführung eines prinzipiellen Neuverschuldungsverbotes gesichert ist, dass nicht erneut der Weg in die Verschuldung beschritten wird. Nur wenn den Ländern künftig mehr Eigenverantwortung sowohl bei der Verschuldung als auch im Rahmen der Finanzautonomie zuerkannt und durch den Finanzausgleich künftig wirtschafts- und wachstumsfördernde Politik nicht weiter bestraft wird, kann über eine Entschuldung verhandelt werden. Hierbei ist sicherzustellen, dass eine solidarische Entschuldung weder zu einem Nebenfinanzausgleich noch zu dauerhaften steuerlichen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger führt. Die FDP lehnt deshalb die Verwendung des Solidaritätszuschlages zur Finanzierung eines Entschuldungsfonds ab, da dies eine verkappte Steuererhöhung darstellen würde.

5. Länderneugliederung

Starke Länder bestehen im föderalen Wettbewerb. Die Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen muss dazu führen, dass die Länder künftig selbständig und eigenverantwortlich existieren. Sollten einzelne Länder auch künftig nur mit Hilfe von Ausgleichs- und Ergänzungszahlungen der Bund-Länder-Gemeinschaft bestehen können, so wird eine Neugliederung durch Zusammenschlüsse unumgänglich werden. Hierfür muss das Neugliederungsverfahren jedoch deutlich vereinfacht werden. Der bisherige Artikel 29 GG erschwert Neugliederungen eher als sie zu erleichtern, da die Hürden für eine Neugliederung zu hoch gelegt sind.